

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Vernunft statt Migrationschaos: Illegale Einreisen verhindern – Abschiebungen von Gefährdern und schweren Straftätern nach Syrien ermöglichen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die schweren Gewalttaten jüngster Vergangenheit von syrischen Tatverdächtigen in Greifswald und Neubrandenburg erschüttern die Sicherheitsinteressen friedliebender Menschen in unserem Land und die Öffentlichkeit. Es ist vorrangige Aufgabe des Staates, seine Bürger zu verteidigen.
2. Der im Jahr 2011 fortfolgend beobachtete Bürgerkrieg in Syrien ist in weiten Teilen des Landes vorbei. Insbesondere die von Kurden im Nordosten Syriens dominierten Gebiete böten einen diplomatischen Weg hin zur kontrollierten Abschiebung von Gefährdern und schweren Straftätern. Eine Neubewertung der Lage vor Ort durch das Auswärtige Amt ist dementsprechend überfällig.
3. Die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern hat auf ihrer 213. Sitzung den generellen Abschiebungsstopp für syrische Staatsangehörige auslaufen lassen. Trotz dieser Neubewertung finden jedoch praktisch keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen statt. Die Nicht-Verlängerung des Abschiebungsstopps bei gleichzeitiger Nicht-Rückführung von Gefährdern und schweren Straftätern soll der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns nicht länger zugemutet werden.
4. Seit 2015 führen syrische Staatsangehörige jährlich die Polizeiliche Kriminalstatistik des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Kategorie „nicht deutsche Tatverdächtige“ an. Gegenüber dieser Kriminalität müssen aufenthaltsbeendende Maßnahmen – unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus – ein konsequentes Reaktionsmittel unseres Rechtsstaates sein. Es gilt der Grundsatz, dass Aufenthaltspolitik immer Sicherheitspolitik ist.

5. Die Zahl illegaler Einreisen nach Deutschland steigt deutlich an. Das führt dazu, dass die Aufnahmekapazitäten der Länder nahezu erschöpft sind. Eine zentrale Ursache dieser Entwicklung ist der mangelnde Schutz der EU-Außengrenze und der deutschen Grenze. Ohne Gegenmaßnahmen ist das derzeitige Migrationschaos dauerhaft nicht mehr zu bewältigen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene und im Rahmen der Innenministerkonferenz umfassend für die praktische Ermöglichung von Abschiebungen nach Syrien einzusetzen.
2. sich bei Bundesinnenministerin Faeser für eine verstärkte Sicherung der EU-Außengrenze einzusetzen und sich der öffentlich geäußerten Kritik des sächsischen Innenministers Armin Schuster anzuschließen.

Nikolaus Kramer und Fraktion